

# CHRONIK DER ZEIT

## DER PREIS FÜR DIE DEUTSCHE EINHEIT

Bei den Deutschen und bei den anderen Völkern ist im Schatten der Verhandlungen über eine Viermächtekonferenz eine zaghafte Hoffnung aufgeblüht, daß doch noch eine Einigung Deutschlands möglich werden könnte. Inspirierte sowjetische Auslassungen deuteten an, daß sich die Sowjetunion mit einer Abschaffung der Volkspolizei und mit freien Wahlen in ganz Deutschland einverstanden erklären könnte. Welch große Stunde wäre das für Deutschland! Fast ist es schon nicht mehr auszudenken, welch ungeheures Geschehen das wäre, wenn wieder ein Parlament über Deutschland regierte, ein Gesetz gelte, eine Freiheit bestünde, eine soziale Ordnung waltete. Welch Aufschwung müßte dem politischen Leben und dem sozialen Wirken in Deutschland zuteil werden. Welch neue Macht müßte den Gewerkschaften zuwachsen. Welch eine Rolle würden sie spielen können und müssen bei der Aufgabe, Deutschland nun auch innerlich wieder eins zu machen. Mit welcher Ergriffenheit würden sie den Augenblick erleben, da die Gewerkschaftshäuser in Halle und Leipzig den Gewerkschaften des Westens zurückgegeben würden. Niemand kann zweifeln, daß wirklich freie Wahlen die Todesglocke für das Regime der Ostzone bedeuten müßten und daß die Wiedervereinigung Deutschlands in diesem Zeichen den Sieg der freiheitlichen Ordnung Westdeutschlands, verstärkt um größere soziale Bedeutung, darstellen würde. Das Regime der Ostzone könnte den Tag nicht überleben, an dem ihm der Rückhalt östlicher Gewalt fortgenommen würde.

Ist das möglich? Ist der Tag so nahe, da in ganz Deutschland die Freiheitsglocken läuten können?

Wer die Antwort auf diese Frage wissen will, vergeudet seine Zeit, wenn er die Noten liest, wie sie die Weltmächte untereinander tauschen. Das sind alles zusammen Propagandaschriften. Die Tatsache, daß der Notenwechsel in aller Öffentlichkeit stattfindet, dämpft am allermeisten die Hoffnung, daß aus den Verhandlungen etwas Vernünftiges herauskommt. Verträge sollen den Völkern geoffenbart werden; soweit hat der Kampf gegen die Geheimdiplomatie durchaus seinen Sinn. Aber eine Verhandlung, die nicht geheim geführt wird, hat äußerst wenig Aussichten, zu einem solchen Vertrag zu kommen. Freundlicher und entgegenkommender Notenwechsel der Sowjet-

union wechselt in der letzten Zeit regelmäßig mit beschimpfendem und scharfem ab. Die Sowjets mischen wie immer das verführerische Angebot an jene, die sich den sowjetischen Vorschlägen unterwerfen, mit der Drohung an die Adresse derer, die sich widersetzen. Es heißt immer: Welch glänzendes Angebot machen wir. Wehe aber denen, die diese Angebote ablehnen.

Es ist doch keineswegs ausgemacht, ob die Sowjets auf der Viermächtekonferenz das große Spiel spielen werden, von dem man munkelt. Nur Stalin und die Götter können wissen, ob die Sowjets wirklich ein so weit gespanntes Angebot machen werden. Ihre Propaganda deutet es an. Das kann aber auch nur darauf abzielen, überhaupt die Konferenz zustande zu bringen und sie in den Augen der Westmächte sinn- und verheißungsvoll zu machen, weil sie glauben, dann schon einiges erreichen zu werden, wenn die vier Mächte erst einmal beieinander sind. (Sei es auch nur den Aufschub einiger Maßnahmen, die dem Kreml verhaßt sind). Bisher war die Deutschlandpolitik des Kreml außergewöhnlich ängstlich und schwunglos. Keine der großen Karten des Kreml (Ausrufung einer deutschen Reichsregierung, Revision der deutschen Ostgrenzen, Wiederherstellung der sichtbaren und demonstrativen Gleichberechtigung der Deutschen Demokratischen Republik) wurde bisher ausgespielt. Die sowjetische Politik ist in der ganzen Welt dadurch gekennzeichnet, daß sie auch um der großartigsten Taube auf dem Dach willen nicht den gerupftesten Spatz in der Hand fahren läßt. Die Politik der Sowjets läßt daher nicht sehr vermuten, daß der Kreml die politische Beherrschung der Ostzone aufgeben will, um ein größeres politisches Spiel zu spielen. Bei Hitler wußte man, daß es bald krachte, wenn die Friedenstöne allzu tiefend aus seinem Munde kamen. Die Welt ist voll von Gerüchten, daß die Sowjets das jugoslawische Geschwür an ihrem Machtbereich in diesem Jahre ausbrennen möchten. Gewisse Anzeichen sind dafür vorhanden. Sicheres kann niemand wissen. Aber es liegt auf der Hand, daß die Sowjets eine Aktion gegen Jugoslawien, sollte sie beabsichtigt sein, durch die Schaffung einer im übrigen entspannten Atmosphäre abschirmen müßten, wenn sie nicht in den dritten Weltkrieg hineinrennen wollen. Sie müßten ihren allgemeinen Friedenswillen beteuern, damit ihnen die Aktion gegen Tito als eine lokale Sache durchginge. Es ist also durchaus noch nicht aus-

gemacht, ob die Sowjets wirklich mit dem großen Angebot auf der Viererkonferenz hervortreten werden, ob ihre Fühler in dieser Richtung nicht nur darauf berechnet sind, überhaupt einmal die Konferenz zustande zu bringen oder sonst Absichten abzuschirmen. Es bleibt möglich, daß die Sowjets nur optische und Kulissenänderungen, Figurentausch und dergleichen in der Ostzone anbieten.

Nehmen wir aber einmal an, die Sowjets hätten wirklich im Sinn, was sie andeuten, sie seien bereit, der Ostzone die Freiheit zu geben, echte Wahlen zu erlauben und SED und Volkspolizei im deutschen Freiheitssturm zum Teufel gehen zu lassen. Man weiß, daß sie in der Lage sind, ohne auch nur eine Andeutung einer Gemütsregung, Figuren über Bord gehen zu lassen. Man weiß auch, daß ihre Liebe zur SED nicht unüberwindlich ist und die innere Achtung vor ihren Quislingen in der Ostzone ihre Grenzen hat. Daß man es einmal mit anderen Leuten und anderen Gruppen versuchen könnte, liegt durchaus im Bereich der Wahrscheinlichkeit. Worum es aber geht, ist die Frage, ob die Sowjets bereit sein könnten, auf die politische Beherrschung der Ostzone durch sie selbst (gleich wieviel, unter welchen Figuren und unter welchen Fahnen) zu verzichten. Werden die Sowjets — das ist die wirkliche Frage — einwilligen können, den Versuch aufzugeben, aus der Sowjetzone ein Ebenbild ihrer selbst zu machen? Es wäre das größte Geschehnis in der deutschen Nachkriegsgeschichte, wenn das geschehen könnte, die große Stunde Deutschlands nach dem Krieg. Aber weil das etwas so Ungeheures wäre, muß auch der Preis dafür ungeheuer sein. Niemand hat die Sowjets im Verdacht, daß sie etwas umsonst hergeben. Was ist also der Preis?

Ist der Preis der Verzicht auf die deutsche Wiederaufrüstung? Das ist unwahrscheinlich, denn die Sowjetunion hat wohl kaum vor dem Popanz der deutschen Wiederaufrüstung, den sie selbst geschaffen hat, einen so großen Schrecken, daß sie so ungeheuer viel für den Verzicht auf die deutsche Wiederbewaffnung zahlen würde. Es ist auch höchst unwahrscheinlich, daß die deutsche Wiederaufrüstung ein Motiv für den sowjetischen Präventivkrieg darstellen könnte, (was immer sonst gegen die deutsche Wiederaufrüstung zu sagen ist). Denn das, was an deutscher Wiederaufrüstung in den nächsten Jahren möglich wäre (angesichts aller politischen, sozialen und wirtschaftlichen Schranken und all der erklärlichen Hemmungen der westlichen Völker), ist nie an sich eine „Bedrohung“ der Sowjetunion, die neben anderen, viel elementareren Bedrohungen ins Gewicht fällt. (Bedrohung ist in dem Sinne gesagt, daß die Sowjets jede auch als Defensive ge-

dachte Rüstung des Westens an der Möglichkeit messen, sie auch zum Angriff gegen die Sowjetunion zu gebrauchen, da sie ja in den Begriffen des kapitalistischen Überfalls auf die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken denken). Was als Ersatz, als Voraussetzung oder Ergänzung der deutschen Wiederaufrüstung genannt wird, die Aufrüstung der europäischen Westmächte, die maximale Verstärkung der USA-Truppen in Europa, ist weit mehr „Drohung“ als die zunächst nur symbolische westdeutsche Armee. Die Aufrüstung der USA, die an die gigantischen Maßstäbe des zweiten Weltkrieges heranreicht, ist eine echte, elementare Bedrohung (in dem eben erklärten Sinne), weil die Garantie dafür, daß die USA diese ungeheure von ihnen aufgebaute Kriegsmacht nicht benutzen, um sich ihre Bedrohung durch die Sowjetunion ein für allemal durch eine militärische Aktion vom Halse zu schaffen, allein in den wechselnden Haltungen und Einstellungen des amerikanischen Volkes zu den Welt-dingen und zu den Aussichten einer Friedenspolitik überhaupt liegt. Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß Zufälligkeiten dazu führen könnten, diese gigantische Rüstungsmaschine, wie sie die USA jetzt im Auge haben, gegen die Sowjetunion oder gegen wesentliche Verbündete von ihr in Gang zu setzen. Dagegen ist die Bedrohung durch die westdeutsche Wiederbewaffnung schlechthin eine Bagatellenangelegenheit. Nun wird man sagen, daß die deutsche Wiederaufrüstung in den Augen des Kreml eben die Errichtung einer Kriegsbasis für die USA in Europa bedeutet. Aber alle anderen Maßnahmen, die an Stelle der deutschen Wiederaufrüstung ins Auge gefaßt werden, laufen genau so auf die Errichtung einer solchen Rüstungsbasis hinaus. Es hieße also den Realismus der Sowjets erheblich unterschätzen, wenn man annähme, daß sie ein relativ unbedeutendes Teilgeschehen der Weltrüstung (eine mutmaßliche deutsche Wiederaufrüstung) zum Angelpunkt ihrer Weltpolitik machen und es für so gefährlich halten würden, daß sie dagegen das große verzweifelte Mittel des Präventivkrieges in Gang setzen oder es durch gewaltige weltpolitische Opfer vermeiden müßten. Der Verzicht auf die deutsche Wiederaufrüstung kann also für sich allein wohl kaum der Preis für echte Zugeständnisse der Sowjetunion in ihrer Deutschlandpolitik sein.

Was wäre dann also der Preis für etwas so Ungeheures wie die Rückkehr der Ostzone zu Deutschland, die man im Augenblick als immerhin möglich ansieht? Dieser Preis könnte nur in der Herstellung der sowjetischen Vorherrschaft in Europa bestehen. Diese würde durch den Räumungs- und Neutralisierungsplan erreicht werden,

wie ihn die Sowjets seit dem Warschauer Kommuniqué vertreten. Diese Räumung würde einen weltpolitischen Umsturz ersten Ranges darstellen, weil er die USA als europäischen Machtfaktor ausschalten würde. Die Räumung wäre also ein weltpolitischer Sieg der Sowjetunion, wie sie ihn seit dem Abzug der USA-Kriegsmacht aus Europa in den Jahren 1945/46 nicht mehr erlebt hat. Die USA gehen nach Philadelphia zurück und legen zwischen sich und das ehemalige Besatzungsgebiet Tausende von Seemeilen. Die Russen würden sich auf die Oder-Neiße-Linie zurückziehen und könnten in einem halben Tag wieder mit ihrer ganzen Panzerarmee da sein. Europa bliebe im Schatten der sowjetischen Macht. Die USA aber wären aus Europa verschwunden. Nun wendet man dagegen ein, daß der Räumungs- und Neutralisierungsplan auch durchführbar wäre, ohne daß die USA aufhörten, eine europäische Macht zu sein, ohne daß die Sowjets auf diese Weise den Traum Hitlers verwirklichen, daß nämlich außer ihrer Macht keine andere Militärmacht im europäisch-asiatischen Raum bestehen dürfte. Nun, wenn der Räumungs- und Neutralisierungsplan so gestaltet werden sollte, daß er dieses Ziel der Sowjets nicht verwirklicht, dann würde er eben aufhören, für die Sowjets interessant zu sein und den Preis darstellen, den sie vielleicht für die Preisgabe der Ostzone zahlen würden. Dieser Neutralisierungs- und Räumungsplan steht für den Kreml unter der Voraussetzung, die ihn allein für die sowjetische Politik sinnvoll macht, daß im wesentlichen - gleichgültig wie es optisch aussieht - eine machtpolitische Neutralisierung nicht nur Deutschlands, sondern ganz Europas eintritt und keine echte Militärmacht der USA in Europa übrigbleibt. In der sowjetischen Sprache heißt das, daß es keine Basen und Flugzeugmuttertschiffe der USA in Europa mehr geben dürfe (so wie das Hitler etwa von der Tschechoslowakei gesagt hat). Der Angriff auf das Besatzungsregime in Deutschland soll den Sowjets dazu dienen, das ganze militärische Gebäude Europas in die Luft zu sprengen, wie sie wollen, indem sie den USA ihr deutsches Besatzungsgebiet nehmen, den Stein unter ihrer europäischen Machtstellung überhaupt wegziehen.

Gewiß, ein neutralisiertes und geräumtes Deutschland würde durch einen internationalen Vertrag garantiert werden, der nach dem Vorbild des Locarno-Vertrags festlegen würde, daß ein Angriff auf das entmilitarisierte Gebiet Deutschlands den Krieg mit den anderen Weltmächten bedeuten würde. Die Sowjetunion würde den Krieg mit den USA auf sich ziehen, wenn sie dieses Deutschland angriffe. Die Atombombe wäre

also der Hauptgarant deutscher Freiheit und Unabhängigkeit.

Es mag auf sich beruhen bleiben, als wie effektiv man nach den geschichtlichen Erfahrungen des letzten Vierteljahrhunderts solche Garantie ansieht. Aber vermutlich denken die Sowjets auch gar nicht an diesen direkten Angriff. Die Herstellung einer gewissen nationalen Unabhängigkeit Deutschlands würde auch die innere Aggression erleichtern, die dann nicht unter die Kompetenz der Staatengemeinschaft fallen würde. Die Hauptüberlegung der Sowjets könnte sein, daß nach allen geschichtlichen und politischen Erfahrungen die Menschen sich jeweils der beherrschenden Macht zuwenden, so wie am Morgen die Blätter der Blume der aufgehenden Sonne. In Deutschland raunen viele Menschen nach dem fernöstlichen Schock: Machen wir doch unseren Pakt mit den Herren von morgen. Ein solcher Neutralisierungsvertrag über Deutschland (so wie ihn sich die Sowjets vorstellen) würde ja sichtbar die Sowjets als die entscheidende Militärmacht in Europa etablieren und alle Ansatzpunkte von weltpolitischem Ausmaß in Europa zerstören. Litwinow, der Vorgänger Molotows im Außenkommissariat des Kreml, hat einmal gesagt, daß Neutralitätsabmachungen kleinerer Mächte mit den großen Angreifermächten immer auf ein Gelöbnis der Aggressoren hinausliefen: Dich fresse ich zuletzt. Die neue Politik des Kreml gegenüber Deutschland würde heute lauten: Dich fresse ich ganz. Der Kreml würde das halbe Deutschland wieder von sich geben, in der Hoffnung, daß sich das ganze Deutschland eines Tages unter die Dynamik der weltpolitischen Realitäten Eurasiens beugen und erkennen würde, wo die wirkliche Macht im europäisch-asiatischen Raum liege. Das könnte eine sowjetische Politik sein. Vielleicht würden die Sowjets hereinfallen, weil der Elan des demokratischen und sozialen Deutschland, wie ihn die Wiedervereinigung des ganzen Deutschland hervorrufen würde, für alle Zeiten - nicht nur für die ersten Monate des Rausches der Befreiung - die Kommunisten und Nationalbolschewisten, Exponenten einer Rapallo-Politik solchen Stils, an die Wand drücken könnte. Wir wissen nicht, ob die Sowjets so hoch spielen werden. Die bisherige sowjetische Außenpolitik hatte eher den Geruch des Krämerhaften und Levantinschen an sich und machte es nicht sehr wahrscheinlich, daß der Kreml eine Politik mit solch großen Konzeptionen tatsächlich verfolgen würde. Der Einsatz dabei ist die politische und wirtschaftliche Ordnung Deutschlands, die Freiheit und der Lebensraum der deutschen Parteien, der deutschen Gewerkschaften, des deutschen Volkes.

## FRAUEN AM ARBEITSMARKT

In einem Vergleich der Entwicklung der industriellen Frauenerwerbsarbeit nach dem ersten Weltkriege mit der Lage auf dem gleichen Felde in unseren Tagen wurde in diesen Heften der überraschend starken Steigerung der Zahl der verheirateten Arbeiterinnen und weiblichen Angestellten gedacht, die seinerzeit die kriegswirtschaftlichen Produktionsbedingungen hervorgeufen hatten.<sup>1)</sup> Ein großes Angebot arbeitssuchender Frauen, das sich aus Gründen eingestellt hatte, die sich neuerdings wiederholen, war bereitwilliger Aufnahme begegnet. Ein starkes Angebot ist auch jetzt vorhanden. Die Frage war, ob es wohl wiederum den Zugang zur Erwerbstätigkeit finden werde. Sie mußte offen bleiben. Nachdem inzwischen der industriellen Beschäftigung in Westdeutschland ein beträchtlicher Auftrieb beschieden war, zeigt sich etwas deutlicher, wie es um das Arbeitsmarktschicksal der neu auf Erwerbstätigkeit ausgehenden weiblichen Kräfte bestellt ist. Leider nicht zum besten, wie sogleich zu sehen sein wird.

Daß wir bezüglich unserer Frage ein wenig klarer sehen, verdanken wir den statistischen Aufzeichnungen des Bundesarbeitsministeriums.<sup>2)</sup> Sie sondern von der Gesamtzahl der Arbeitssuchenden die Zahl der Personen ab, die bisher nicht oder seit längerer Zeit nicht mehr erwerbstätig waren und nun Monat für Monat zur Zahl der Arbeitslosen hinzukamen. In den Zahlen sind nur im Bundesgebiet ansässige Männer und Frauen enthalten, neuerdings zugewanderte also nicht. An solchen Personen kamen nun „als arbeitslos in Zugang“: im Juni 1950 13 300 Männer und 23 200 Frauen, im Juli 12 300 Männer und 22 800 Frauen. Dabei sind auf der männlichen Seite heimgekehrte Kriegsgefangene und auf beiden Seiten Schulentlassene mitgezählt. Für die folgenden Monate sind wir in der Lage, diese beiden Gruppen von Ankömmlingen an den Schalern der Arbeitsvermittlung abzusetzen. Nachdem das geschehen ist, lauten die entsprechenden Zahlen für August 1950 5500 Männer und 17 300 Frauen, für September 4400 und 18 200, für Oktober 4600 und 19 100.

Die ungewöhnlich starke Zunahme des Angebots von weiblichen Arbeitskräften tritt aus diesen Angaben klar zutage. Sie besteht aus den Frauen, die — obwohl vorgerückten Alters — zum ersten Male Arbeit suchen oder nach geraumer Pause zur Erwerbstätigkeit zurückkehren wollen, aber

1) „Gewerkschaftliche Monatshefte“, 1950, Heft 4, S. 173 ff.

2) Bundesarbeitsblatt, 1950, Hefte 8 Ms 12.

jeweils am Monatsende arbeitslos geblieben waren. Die Gründe, die sie dazu bestimmen, sollten keines Wortes der Erklärung bedürfen. Die Zahl dieser Frauen ist laufend gestiegen, und dies in der Zeit des allgemeinen Beschäftigungsanstieges. Wenn das Bundesarbeitsblatt dazu meint, es scheinen darunter Frauen zu sein, die glauben, sie könnten „im Zuge der Wirtschaftsbelebung einen Arbeitsplatz und damit einen erwünschten zusätzlichen Arbeitsverdienst gewinnen“, so mag das nicht ganz falsch sein. Aber als Motiv des Bemühens der überwiegenden Mehrzahl wiegt die bittere Notwendigkeit gewiß bei weitem schwerer als die Lockung der Konjunktur; deshalb halten wir es nicht für sonderlich klug, wenn sich das Bundesarbeitsministerium, indem es Bemerkungen der angeführten Art in die Welt schickt, dem Verdacht aussetzt, als wollte es das Problem bagatellisieren, das sich in den von ihm erarbeiteten Zahlen eindeutig spiegelt. Richtig ist indessen, daß der fortgesetzt steigende Zudrang bisher nicht erwerbstätiger Frauen die Ursache dafür ist, daß die Arbeitslosigkeit der Frauen „im Zuge der Wirtschaftsbelebung“ viel langsamer abgenommen hat als die Arbeitslosigkeit der Männer. Aber ein Trost ist diese Feststellung nicht.

Im zweiten und dritten Vierteljahr 1950 - eben „im Zuge der Wirtschaftsbelebung“ - hat die Zahl der arbeitslosen Männer um rund 500 000 abgenommen, also um mehr als ein Drittel der Ausgangszahl, die rund 1,36 Mill. betragen hat. Die Zahl der arbeitslosen Frauen hat sich dagegen nur um rund 81 000 oder ein Sechstel der rund 489 000 weiblichen Arbeitslosen vermindert, die am Beginn des zweiten Vierteljahres vorhanden waren. Ein wesentlicher Grund dafür muß wohl darin gesehen werden, daß der Auftrieb der Beschäftigung eben doch vornehmlich von der Belebung der Bauwirtschaft getragen worden ist, die verschwindend wenig weibliche Kräfte aufnehmen kann. Wir wollen daraus nicht schließen, daß die Wirtschaftsbelebung somit nicht sonderlich zu imponieren vermag. Dagegen spräche die Tatsache, daß sich die Zahl der beschäftigten Arbeiter, Angestellten und Beamten im zweiten und dritten Vierteljahr 1950 um knapp eine Million (darunter immerhin rund 287 000, also mehr als ein Viertel Frauen) vermehrt hat. Aber die Aufgabe, die zum Arbeitsmarkt drängenden Frauen in die Wirtschaft aufzunehmen, ist „im Zuge der Wirtschaftsbelebung“ unerfüllt geblieben, und das Motiv, das dem Zudrang zugrunde liegt, ist nicht geschwunden. Das Problem besteht fort. Von einem besonderen Bemühen, es zu lösen, war nichts zu spüren. Es wird hinübergenommen in eine neue Phase der wirtschaftlichen

Entwicklung und Wirtschaftsgestaltung in der Bundesrepublik, die jetzt anheben dürfte.

Wir hoffen, die Bundesarbeitsverwaltung wird sich des Problems auch noch in anderer Weise annehmen, nicht bloß mit gewissenhaften und dankenswerten statistischen Aufzeichnungen, die von mehr oder weniger lichtvollen Anmerkungen am Rande beglei-

tet sind. Wir zweifeln auch nicht daran. Vielleicht wäre es aber, damit diese Erwartungen nicht enttäuscht werden, ratsam, in die wohl in naher Zeit zu bildenden Selbstverwaltungskörper der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung verständige und entschiedene Frauen in einer der Bedeutung der Sache entsprechenden Zahl zu delegieren.